

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen
Verkehr monatlich 1.50 M. Einzelnummern 10 Pf.
Stratonto Nr. 50 bei der Oberamtsparlatte Neuenbürg
Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges.
Haberle & Co. Wildbad. : Postcheckkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl.
Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. : In Konfursfällen od. wenn gerichtl.
Vertheilung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gsch in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 17

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 22. Januar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Abbruch der Pariser Verhandlungen?

Politische Ränke

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris sind wieder einmal abgebrochen. Die amtlichen Berichte beider Abordnungen sprechen von einer „freundschaftlichen Unterbrechung“. Aber das ist nur ein schwacher Trost. Die Franzosen wollen nicht weiter verhandeln, bis ihr Parlament das neue Zollgesetz verabschiedet hat. Die deutsche Abordnung erklärt, daß ihr Führer Trendelenburg sich in Berlin bei der neugebildeten Regierung Weisungen holen müsse. Was hat sich ereignet?

Die deutschen Vertreter haben Anfang der vorigen Woche den neuen französischen Vorschlag für ein kurzfristiges Handelsabkommen eingehend geprüft und, da auch sie den Zollkrieg vermeiden wollten, eigene Vorschläge für einen kurzfristigen Vertrag schriftlich ausgearbeitet. Handelsminister Rappald, dem Trendelenburg das deutsche Dokument mit mündlichen Erläuterungen überreichte, bedang sich zwei Tage Frist zum Studium aus. (Die deutschen Gegenvorschläge waren sehr kurz. Sie betrafen nur vier Punkte und ihre schriftliche Fassung füllte nicht mehr als eine Seite Maschinschrift.)

Am Freitag in der Vollziehung platzten die Gegensätze aufeinander. Das Duell wurde wieder im strengsten Geheimnis ausgetragen. Aber gerade dies ist nicht günstig für die deutsche Seite. Der Kampfplatz ist Paris. Die französischen Interessentengruppen haben Gelegenheit, durch vielfache Ränke zu erforschen, was sie brauchen. Sie können ihre Leute in der Abordnung rasch unterrichten und ihre Presse entsprechend bearbeiten. Die Deutschen sind abgeschnitten. Der Weg nach Berlin ist weit und die Deutschen Zeitungen erhalten keine Winke von der Reichsregierung. Es ist ein ungleicher Kampf. Warum verhandelt man nicht an einem neutralen Ort oder zur Abwechslung auch einmal in Berlin?

Der Grundgedanke der deutschen Gegenvorschläge war: Wenn wir uns zu einem kurzfristigen Abkommen bereit finden sollen, so muß ein derartiger Vertrag auf das Protokoll vom 12. Oktober 1924 zurückzuführen. Jenes Protokoll, das die beiden Abordnungen unterzeichnet haben, ließ darauf hinaus, daß Deutschland den Franzosen grundsätzliche Meistbegünstigung gewähren kann, falls Frankreich für die in Frage kommenden deutschen Waren tatsächlich die Meistbegünstigung zugesetzt und unter der Voraussetzung, daß die zollpolitische Freiheit der beiden Länder in der Zwischenzeit vollkommen hergestellt wird.

Was in der Zwischenzeit wirklich geschah, war die — Erhöhung des französischen Zolltarifs. Deutschland will und darf auf diesen Kniff nicht hereinfallen. Außerdem ist die deutsche Abordnung nach wie vor nicht geneigt, sich in der Frage der elsass-lothringischen Einfuhr übers Ohr hauen zu lassen. Die Franzosen, die diese Einfuhr beanspruchen, müssen die Sicherheit geben, daß nicht andere Nationen, die ebenfalls auf Grund des Meistbegünstigungsrechts mit Deutschland Handelsverträge abschließen oder abgeschlossen haben, dieses Vorrecht Elsass-Lothringens als ein Vorbild hinstellen und ausbeuten. Eine solche Sicherheit ist aber kaum zu schaffen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die französischen Vertreter den Gedanken eines Schiedsgerichts über diese Frage angeregt haben. Aber wer soll Schiedsrichter sein? Die deutsche Abordnung hat abgelehnt.

Mittlerweile macht die Pariser Presse mobil, um die Deutschen als die „Ränkespinner“ hinzustellen. „L'Avantgarde“, das freitbare Organ der Millerandgruppe, versucht darzulegen, daß die französische Abordnung einem deutschen Manöver zum Opfer gefallen sei. Die deutsche Abordnung habe gewisse französische Industrien, namentlich die lothringische und elssassische, am 10. Januar in die Zwickmühle versetzt und wolle nun die Unterhandlungen hinauszuziehen, gleichzeitig aber den Vorteil ihrer Stellung wahren. Andere Zeitungen kommen darauf zurück, daß die Verlängerung der Besetzung Kölns auf die Haltung der deutschen Abordnung einwirkte. Aber bei dieser Behauptung spricht das böse Gewissen lauter als die Wahrheit. Wieder andere Blätter, wie z. B. die „Journée Industrielle“ wollen den Zollkrieg, bis Frankreich einen Tauschgegenstand gefunden habe. „Leider nicht mehr die Ruhr, aber vielleicht das Saargebiet.“ (!) Damit sind die Wirtschaftsverhandlungen auf das politische Gebiet hinübergeiragen. Was gedenkt die neue deutsche Regierung zu tun, um jenerer Abordnung in Paris zu helfen?

Der Bericht der Dawesagenten

Paris, 20. Jan. In dem Bericht des Hauptagenten für die Daweszahlungen, Parker Gilbert, an die Entschädigungskommission wird, wie verlautet, ausgeführt, daß man mit der Durchführung mehr als zufrieden sein könne. Die neue Regierung in Deutschland bedeute für den Dawesplan keine Gefahr. Im ganzen seien bisher über 300 Millionen Goldmark eingegangen, über 20 Millionen mehr als vor-

Tagesspiegel

Das Reichskabinett hat beschlossen, die neue Note an den Verband wegen der Nichträumung des Köfner Gebiets erst nach Abschluß der Reichstagsausprache aufzulegen.

In einer neuen Besprechung mit den Bankvertretern im Reichsfinanzministerium wurde von den Banken erneut auf die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit für die Banken hingewiesen, alten und neuen (Spekulations-) Besitz der Staatsanleihen zu unterscheiden.

Die Pariser Meldung, Staatssekretär Trendelenburg werde wahrscheinlich von den Vertragsverhandlungen abberufen werden, wird amtlich von Berlin aus als unrichtig bezeichnet.

Das bayerische Konkordat soll am Sonntag bekräftigt werden.

Der tirolische Stenographenverein in Innsbruck stellte sich auf den Boden der deutschen Einheitskurzschrift.

geschrieben war. Dafür sollen in den nächsten Monaten die Pflichtleistungen entsprechend vermindert werden. Die deutschen Vertreter in den verschiedenen Kommissionen haben einwandfrei mitgearbeitet. Die alten Aktienbesitzer der Reichsbank werden in der Weise entschädigt, daß sie für zwei alte Aktien eine neue erhalten. Auf das Konto des Agenten wurden bis 1. Januar 1925 rund 286,25 Millionen Goldmark eingezahlt, wovon rund 280,25 Millionen ausgegeben wurden. Abgeliefert wurden an Frankreich 113,65 Millionen (davon 26,6 Millionen für Rohle und Koks, 18,85 Mill. für Kohlenfracht, 14,6 Mill. für Bekämpfungskosten, 27,15 Mill. für „Restitutions-“ und Entschädigungen, 11,25 Mill. für Waren aus dem Ruhrgebiet); an Italien 23,52 Millionen, England 65,88 Mill. einschließlich 5,5 Mill. Ausfuhrabgabe, Belgien 29,56 Mill. (13,94 Mill. Rohle und Koks und 15,12 Mill. andere Waren). Die Unkosten der Entschädigungskommission betragen 2,94 Mill., der Rheinlandkommission 4,59 Mill., der militärischen Ueberwachungskommission 4,67 Millionen. Sollte das Direktorium der Eisenbahngesellschaft nicht in der Lage sein, am 1. März die fälligen Zinsen zu zahlen, so würde der Daweskommissar, der Franzose La Verre, berechtigt sein, sich an die Stelle des Generalverwalters zu setzen. Die Gesellschaft arbeite befriedigend und mit Gewinn. Die Bank für Industrieobligationen unter dem Italiener Novara soll nach dem 28. Februar 1925 5 Milliarden Goldmark Schuldscheine ausgeben. Jeder Betrieb in Deutschland mit einem Kapital von mehr als 50 000 Mark ist verpflichtet, an die Bank 17 Prozent des Kapitals abzuführen. Vorerst scheint aber eine Ausgabe dieser Schuldscheine noch nicht beabsichtigt zu sein, ebenso wenig die der Eisenbahnschuldscheine. Vielleicht werde ein Teil davon ausgegeben, um diejenigen Verbündeten zu befriedigen, die sich in Geldnöten befinden. Die Erträge aus den Dawes-Steuern und Monopolen verbleiben in den ersten zwei Jahren auf einem Konto der Reichsbank. Ueber die Sachlieferungen seien noch keine Beschlüsse gefaßt, weil die Ansprüche der Verbündeten weit auseinandergehen.

Neue Nachrichten

Die Verwaltung Hohenzollerns

Berlin, 21. Januar. Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Verwaltung der Hohenzollernschen Lande nebst Begründung zur gutachtlichen Aeußerung überhandt. Aus der Vorlage, auf deren Dringlichkeit das Staatsministerium besonders hinweist, teilt der Amtliche preußische Pressedienst folgendes mit:

Der Oberamtsbezirk Haigerloch und die zum Oberamtsbezirk Gammertingen gehörigen Gemeinden Salmeningen, Reichingen und Ringingen werden mit dem Oberamtsbezirk Hechingen vereinigt. Der Oberamtsbezirk, der Amtsverband, die Amtsoersammlung, der Amtsausschuß usw. und der Oberamtman in den Hohenzollernschen Landen führen hinfort die Bezeichnung „Kreis“, „Kreisrat“, „Kreisversammlung“ usw. und „Landrat“. In der Begründung wird u. a. ausgeführt: „Die Hohenzollernschen Lande, die im Jahr 1850 mit Preußen vereinigt wurden und nach der Volkszählung von 1919 70 795 Einwohner zählen, haben infolge ihrer ungünstigen geographischen Lage eine Anzahl von Verwaltungsbehörden, die bei einer besseren Abrundung des Gebietsteils nicht als notwendig anerkannt werden könnten. Der bereits im Jahre 1852 ausgesprochene Gedanke, die Verwaltung in zwei Kreisen zu führen, soll jetzt bei der fortgesetzten Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Hohenzollern durchgeführt werden. Der praktische bereits seit Jahren bestehende Zustand soll also durch den Entwurf nur gelegentlich werden. Nach dem Vorschlag des Entwurfs wird in Zukunft der Kreis Sigmaringen 697 Quadratkilo-

meter mit 33 551 Einwohnern in 73 Gemeinden, der Kreis Hechingen 445 Quadratkilometer mit 37 244 Einwohnern in 50 Gemeinden umfassen.“

Dr. Luther und die bayerischen Anträge

Berlin, 21. Januar. Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern den bayerischen Gesandten. Wie verlautet, sollen die bekannten bayerischen Anträge zur Reichsverfassung (Bundesstaaten, Eisenbahn, Neuordnung des Steuerwesens usw.) nunmehr beschleunigter behandelt werden.

Ferner empfing der Reichskanzler Vertreter der Gewerkschaften, um sich ohne Voreingenommenheit über wirtschaftliche Arbeiterwünsche unterrichten zu lassen.

Der Barmatstand

Berlin, 21. Jan. Die Anträge der im Barmat-Konzern zusammengeschlossenen Unternehmungen, die Kreditstille gegen sie aufzuheben, sind vom Landgericht aufgehoben worden, weil nach den bisherigen Erhebungen alle Barmat-Unternehmungen ihre Ausgaben nur durch beträchtliche Kredite bestritten hätten. Soweit diese Betriebe sich aus geordneten wirtschaftlichen Einnahmen erhalten können, habe das Gericht gegen die Fortführung der Betriebe nichts einzuwenden.

In der Wohnung des bisherigen Postministers Höpfe wurden alle Briefschaften und drei Bankauszüge über erhebliche Summen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Lohnbewegung in Berlin

Berlin, 21. Jan. Die Berliner Industriellen haben die ihnen von den Arbeitervertretern vorgelegten neuen Tariforderungen abgelehnt. Die Betriebsräte verlangen eine Urabstimmung über den Streik, die Gewerkschaften sind dagegen.

Der belgische Gewinn

Brüssel, 21. Jan. Ministerpräsident Theunis erklärte, durch das Pariser Protokoll ziehe Belgien aus der Ruhrbesetzung einen Gewinn von 2 Milliarden Franken; nach der Dawesplänen werde es im Jahre 1925 850 Millionen Franken beziehen.

In Parlamentarkreisen wird von dem bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts Theunis gesprochen, da es die immer zahlreicher werdenden Angriffe nicht mehr ertragen könne. Im Falle einer Krise werde die Kammer aufgelöst werden.

Auflösung der Entschädigungskommission?

Paris, 21. Jan. Die „Chicago Tribune“ berichtet, die Entschädigungskommission werde erparnisshalber erheblich vermindert und das von ihr gemietete kostspielige Hotel Astoria werde aufgehoben. Die Angestellten werden zum Teil von Vorkassenterraten übernommen. Die meisten derartigen Mitglieder werden schon im Februar ihre Stellen aufgeben müssen, da sie keine Bedeutung mehr haben.

Aus dem Bericht des Generalagenten Gilbert ist noch die Erklärung zu erwähnen, er könne die Zustimmung geben, Reichskanzler Luther werde den Dawesplan vollkommen durchführen. Die Weiterbesetzung des Kölner Gebiets sei aber geeignet, die Wirksamkeit des Dawesplans zu stören, wenn die Verbündeten nicht mitteilen, wie lange sie die Besetzung fortsetzen wollen.

Verstärkung der englischen Flotte

London, 21. Januar. Die Regierung Baldwin wird die von ihr schon früher beantragten acht neuen Kreuzer, von denen die Regierung Mac Donalds nur 5 in Bau gegeben hatte, wieder aufnehmen und gegebenenfalls einen neunten Kreuzer verlangen.

Die Schuldlüge

London, 21. Januar. Die „Times“ schreibt zu der Regierungserklärung Dr. Luthers, sein Versuch, Deutschland von der Schuld am Krieg freizumachen, werde vergeblich sein. — Die Verbündeten mögen sich noch so sehr dagegen sträuben, die Wahrheit kommt um so baldiger an den Tag, je mehr Deutschland sich selber rührt und nicht alles dem Zufall und der fremden Hilfe überläßt.

Ein Musiker als Botschafter?

London, 21. Jan. Nach einer Meldung aus Washington soll Präsident Cooldidge gebeten worden sein, den Kapellmeister des New Yorker Symphonieorchesters, Walter Damrosch, zum Botschafter in Berlin zu ernennen. In maßgebenden Kreisen werde jedoch erklärt, Damrosch sei deutscher Herkunft, und deshalb würde seine Ernennung auf Bedenken stoßen.

Der Personalabbau

Berlin, 19. Jan. Im Reichstag ging eine Ergänzung zur Weimarer Verfassung über den Personalabbau ein. Danach wurden

dom 1. Oktober 1923 bis 1. Oktober 1924 insgesamt abgebaut: Bei den Hoheitsverwaltungen 10 081 Beamte und 27 274 Angestellte, sowie 4789 Arbeiter; bei der Post und der Reichsdruckerei 34 970 Beamte, 4723 Angestellte und 28 948 Arbeiter.

Deutscher Reichstag

Aussprache zur Regierungserklärung

Berlin, 21. Januar.

Schlussbericht der 9. Sitzung.

Abg. Dr. Scholz (D. Volksp.): Es mußte endlich einmal eine verantwortungsfähige Regierung zustandekommen, die über eine Mehrheit verfügt. (Widerpruch links.) Auch die Volkspartei betrachtet das jetzige Kabinett nur als einen Schritt vorwärts. (Lachen links.) Das bedeutet kein Mißtrauen. Die Volkspartei kann der Regierungserklärung in fast allen Punkten rückhaltlos zustimmen und hat zu den Ministern das volle Vertrauen, daß sie ihre Versprechungen erfüllen werden. Es darf nicht Gegenstand des Reichstags werden, einzelne Regierungsglieder, die ein ehrenwertes Beamtenleben hinter sich haben, hier mit Mißtrauen und Gehässigkeit zu empfangen, wie das Breitscheid getan hat. Der Redner erhebt Einspruch gegen die weitere Befestigung Kölns. Er fordert dann Hinaussetzung des wahlfähigen Alters, Hebung der Produktion, Beschränkung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr, Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen, Erhöhung der Aufwertungsprämie unter Ausschluß der Inflations- und Aufwertungsgevinster. Von der Regierung erwarte man eine gesunde nationale Realpolitik. Der Redner wendet sich gegen das so oft mißbrauchte Wort vom Bürgerblut und erklärt: Wir kennen keinen Gegensatz zwischen Bürgerschaft und Arbeiter, wir kennen nur Deutsche. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frau Schölke (Komm.) bezeichnet die Rede des Grafen Westarp als offenes Bekenntnis zur Monarchie, während Luther seine wahren Ziele verschleiert habe. Sie wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien die Ursache dieser jetzigen Regierung und Herr Breitscheid mit seiner langen Gestalt werde jederzeit bereit sein, dem Reichskanzler Luther als Boten zu dienen. An den Sozialdemokraten werde das Kabinett willige Helfershelfer finden, wenn es gelte, die Arbeiter niederzuknüppeln. Als die Rednerin von einer deutschen Zuchtrepublik spricht, wird sie zur Ordnung gerufen.

Darauf vertagt das Haus die weitere politische Aussprache auf Mittwoch.

Der Gesetzentwurf über das Reichsdienstamt wird noch angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr.

10. Sitzung.

Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung

Abg. Koch-Weser (Dem.) stellt fest, daß das deutsche Volk einig sei in dem Protest gegen die Nichträumung des Kölner Gebiets. Weber Soldatenspielererei nach die Superfluität untergeordneter Organe dürfen der Entente einen Vorwand liefern, unsere Brüder am Rhein noch länger unter der Fremdherrschaft zu lassen. Das Dawesgutachten verdient keinen Dank, sondern es sei ein Vertrag im Interesse aller. Jede Regierung müsse die Außenpolitik fortsetzen, die fünf Jahre lang gemacht wurde. Auch die Deutschnationalen würden sie nicht ändern können. Der Redner fordert von der Regierung Zurückhaltung. Zwischen der Regierungserklärung und den bisherigen Erklärungen und Versprechungen der Deutschnationalen bestehe ein Mißverhältnis. Entweder müssen die Deutschnationalen ihre Wähler verraten oder den Reichskanzler, oder abwechselnd alle beide. Wenn in der Regierungserklärung die Erhaltung der Staatsautorität betont wurde, so gehöre dazu vor allem, daß dem Reichspräsidenten die schuldige Achtung und Ehrfurcht erwiesen werde. Der Redner ersucht den Reichskanzler, dahin zu wirken, daß der Vizepräsident des Reichstags dem Reichspräsidenten die ihm zukommende Ehre erweise. Der Innenminister müsse weiter dafür sorgen, daß das Magdeburger Urteil nicht zu einer Heiße gegen den Reichspräsidenten ausgenützt werde. (Unruhe rechts.) Es müsse weiter verhindert werden, daß Geistliche die Evangelische Kirche zu einseitiger politischer Propaganda gegen die Republik mißbrauchen. Der Redner richtet dann an den Reichskanzler die Frage, ob er jede Agitation gegen die Republik mißbilligen und von Seiten, die das Kabinett als Stützpunkt gegen die Republik

benutzen, abrüde? Der Reichskanzler nicht. Die Antwort auf die Fragen würden die Demokraten abwarten. Auf keinen Fall würden sie der Regierung Luther Neutralität zusagen. Wenn die Antwort befriedigend ausfalle, werde man der Regierung zunächst freies Spiel lassen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. Vereinigung) erklärte, die Wirtschaftliche Vereinigung werde ihre Stellung zur neuen Regierung davon abhängig machen, ob diese die Interessen des Mittelstandes genügend vertrete. Die von Befehlstruppen im besetzten Gebiet an der Bevölkerung verübten Übergriffe und Verbrechen sollen von deutschen Gerichten nachgeprüft und verhandelt werden.

Abg. Leicht (Bayerische Volksp.) betont, es werde sehr schwer sein, sachlich gegen dieses Kabinett etwas einzuwenden. Das Zentrum habe allerdings eine Fülle von Bedingungen gestellt. Es sei sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohl bewußt. Er habe aber das Vertrauen zum Zentrum, daß es die hohe Verantwortung nicht vergessen werde, die es zu tragen habe. Der Redner spricht dem seiner Partei angehörigen Reichspostminister Stings volles Vertrauen aus. Der Redner tritt für die Wahrung des konfessionellen Friedens ein angesichts mancher bedauerlicher Vorkommnisse der letzten Zeit und fordert eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Reich und Länder zugunsten der letzteren.

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) macht die Börsen für die Mißstände in Deutschland verantwortlich. Früher sei es Herr Rothschild gewesen, in letzter Zeit Herr Barmat. Die Regierenden seien nur Puppen an den Fäden der Börse. Der Redner richtete an den Reichskanzler eine Reihe von Fragen, die u. a. die Forderung enthalten, alle mit Verfassungsmehrheit angenommenen Gesetze für ungültig zu erklären, u. a. auch die Dawes-Gesetze. Er verlangt weiter die schärfste Untersuchung der Landlosfrage der letzten Zeit und fragt, ob es richtig sei, daß der preussische Justizminister zugunsten der Barmat eingegriffen habe. Die Magdeburger Richter müßten gegen die Angriffe von gewisser Seite beschützt werden. Beamte dürften überhaupt keine Aufsichtsratsstellen innehaben. Es müsse auch den Abgeordneten gesetzlich verboten werden, Aufsichtsratsstellen und ähnliche Posten zu übernehmen. Es ist erschreckend, in welche politisch-parlamentarische Kreise hinein diese Korruption gegangen ist.

Dem Reichstag sind von 7 Parteien Anträge zur Aufwertung zugegangen.

Die demokratische Fraktion hat gegen drei Stimmen beschlossen, gegen das Kabinett Luther keinen Mißtrauensantrag einzubringen oder zu unterstützen.

Württemberg

Stuttgart, 21. Jan. Vom Landtag. Der Finanzausschuß begann gestern mit der Beratung des Etats der Kultusverwaltung (Kap. 40, Ministerium und Kollegien). Der Berichterstatter Dr. Weiswänger fragt nach den Plänen der Umorganisation bzw. den Vereinfachungen, die im Kultusministerium beabsichtigt seien. Der Kultusminister erklärt, daß das Staatsministerium demnächst die Vorschläge des Kultusministeriums berate. Auf eine Frage eines Ausschußmitglieds nach der Verteilung der Ministerialstellen zwischen Philologen und Juristen erklärt Präsident v. Bälz, daß von den 4 bzw. 3 Präzidentenstellen zwei von Schulmännern und eine von einem Juristen, von den 33 sonstigen Stellen 13 mit Juristen und 20 mit Schulmännern besetzt seien. Ein Redner des Zentrums tadelt das Mißverhältnis zwischen Philologen und Juristen und gibt der Zustimmung der Lehrer über die Entziehung von Vorrückungsstellen Ausdruck. Präsident v. Bälz spricht über die Frage der Kompetenzen und verteidigt die Befestigung wichtiger Berichterstattungsstellen mit Juristen. Darauf wird ein gemeinsamer Antrag Dr. Egelhaaf, Dr. Weiswänger, Dr. Schermann, Dr. Hieber und Henmann angenommen, der beantragt: Der Landtag wolle als seine Auffassung kundgeben, daß die Stellen im Kultusministerium und bei den Oberschulbehörden künftig grundsätzlich mit Angehörigen des Lehrersstands besetzt und Juristen und Verwaltungsmänner nur soweit angestellt werden, als dies für das sachliche Bedürfnis unbedingt erforderlich ist. Kap. 41 (evgl. Kirchenleitung) wird auf Vorschlag des Berichterstatters später mit einem Nachtrag behandelt. Zu Kap. 42 (evgl. Seminare) bringt der Berichterstatter einige Einzelheiten betreffend die Musiklehrer und Dekonomieverwalter vor. Ein Zentrumsredner fragt nach der Etatifizierung der

Reisekosten für Theologiestudierende beider Konfessionen und bittet um Erhöhung der Summen. Bei Kap. 45 (kath. Konvikte) bemängelt ein Zentrumsredner die unterschiedliche Bezahlung des Dienstpersonals und ersucht um Ausgleich. Bei Kap. 48 (Universität) behandelt der Berichterstatter die Wünsche der Studentenhilfe Tübingen wegen gewisser Gebühren und Promotionsgelder, sowie diejenigen der Vorstände der Obren-, Haut- und Kinderklinik um Erhebung ihrer Stellen zu Ordinarien und regt die Erziehung eines Lehrstuhls für slawische Sprachen an. Ein Antrag Dr. Baur, Dr. Schermann und Bodi verlangt, das Staatsministerium zu ersuchen, die Gründung einer ordentlichen kath. Philosophie-Professur in der philosophischen Fakultät in die Wege zu leiten und die bestehende außerordentliche Professur für Geschichte zu einer ordentlichen zu erheben. Präsident v. Bälz glaubt, daß dem Antrag bezüglich der Philosophieprofessur geringere Schwierigkeiten entgegenstünden, wenn sie innerhalb der kath.-theol. Fakultät errichtet werde und zwar so, daß Angehörige aller Fakultäten sie besetzen könnten. Für eine Erhebung der kath. außerordentlichen Geschichtsprofessur zu einer ordentlichen vermag er aus gewissen Gründen noch nicht einzutreten.

Der Antrag Baur wird mit 6 Stimmen (Dem., Soz. und Komm.) gegen 3 Stimmen (Ztr.) bei 5 Enthaltungen (Bürgerpartei, Bauernbund) abgelehnt, dagegen ein Antrag Weiswänger, Dr. Wolff (Bauernb.), Egelhaaf mit 10 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen, die Mittel für die Umwandlung der außerordentlichen Professur für scholastische Philosophie und Apologetik in der kath.-philos. Fakultät in eine ordentliche zu bewilligen. Mit 10 gegen 2 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) wird ein Antrag angenommen, der etwaigen Angliederung einer tierärztlichen Abteilung an die Universität rechtzeitig Aufmerksamkeit zu schenken. Weiter wird ein Antrag angenommen, die Ermäßigung des Schulgeldes an den landwirtschaftlichen Schulen und die Weiterbildung der Zöglinge in einem landw. Seminar nach einjährigem Lehrgang an den landw. Schulen in Erwägung zu ziehen. Die Zahl der landw. Schulen ist in den letzten Jahren von 9 auf 33 erhöht worden.

Abg. Klein (Bauernb.) hat folgende kleine Anfrage im Landtag gestellt: Von verschiedenen Ortschaften an der bayerischen Grenze der Bezirke Mergentheim, Gerabronn und Crailsheim werden starke Klagen über Wanderschäfer, sog. Vetteilschäfer geführt, die sich wochen- und monatelang dort herumtreiben, ohne eine Weide zu haben. Abgesehen von dem sonstigen Schaden, der dadurch verursacht wird, ist es zur jetzigen Zeit, wo die Maul- und Klauenseuche wieder in verstärktem Maße auftritt, besonders gefährlich, diese Herden ohne Aufsicht umherziehen zu lassen. Könnte das Staatsministerium im Benehmen mit der bayerischen Regierung diesem Unwesen Einhalt tun?

In einer Anfrage führen die Abgg. Dr. Schermann und Büchle (Ztr.) Beschwerde, daß die Reichsbahnverwaltung die Schülerrückfahrkarten, die auch für Angestellte, Beamte usw. zugänglich sind und die im Preis den Arbeiterfahrkarten gleichgestellt waren, seit März v. Js. um mindestens 20 Prozent teurer geworden sind als die letzteren.

Verbotene Kundgebung. Die für Mittwoch abend 5.30 Uhr auf dem Marktplatz von der kommunistischen Jugend und dem roten Frontkämpferbund aus Anlaß des Jahrestags des Todes von Lenin einberufene Massenkundgebung ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. Ebenso ist auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung der im Anschluß daran geplante Umzug untersagt worden.

Der Wilhelmspalast. Vor einiger Zeit wurde es viel besprochen, daß der Württ. Sparkassen-Verband den Wilhelmspalast, das persönliche Eigentum des König Wilhelm, in der oberen Reckartstraße käuflich erworben habe. Der Verband erklärte, er brauche das Gebäude für seinen Betrieb und man fand sich damit ab. Neuerdings hört man aber, daß der Palast vom Verband anderweitig zu geschäftlichen Zwecken vermietet werden soll.

Ermäßigung des Sparkassenzinsfußes. Die Württ. Landesparlamente und die Stadt, Sparkasse, sowie die Stadt, Sparkasse haben die Zinsätze für Spareinlagen ab 1. Februar auf 8 v. H., für Guthaben im laufenden Verkehr ab 21. Jan. auf 5 v. H. jährlich und für Monatsgelder ab 21. Jan. auf 8 v. H. jährlich festgelegt.

Der Karnickelbaron

46] Humoristischer Roman von Fritz Gänker

„Ebenso wenig, wie ich noch länger Junggeselle bleiben will“, schnitt Wendel den Redestrom des Altes ab. „Ich hab's gründlich satt, sage ich Ihnen.“ Er wandte sich vom Fenster zurück und trat ein paar Schritte in das Zimmer hinein. „Ordnung kennt man nicht. Gwig fehlt's hier und haperl's dort.“

„Was hat man keine Knöpfe an die Hosen.“

„Dieses weniger.“

„Oder das Gasthofessen schmeckt mich.“

„Siehe sich schon hören. Kurz und gut: man ist eben nur ein halber Mensch, wenn man so ledig rumböckelt. . . . Man spart für lachende Erben, sofern man spart, man verbummelt sein bißchen Genie, verkumpft, verkommt, ist wie ein Tag ohne Sonne.“

„Sehr schön gesagt.“

„Wie eine Lampe ohne Docht.“

„Bravo!“

„Und darum will ich heiraten. Basta! Und gerade Ihre Marie will ich heiraten.“

„Bravissimo!“

„Ja, darum treiben Sie ihr das mit dem Kreyenbühl aus und bringen Sie mir heute über acht Tage bündigen Bescheid: ja oder nein, entweder — oder. Wenn ja, soll's bald eine fröhliche Hochzeit geben.“

Kublike kam nicht mehr dazu, seiner Verächtlichen Worte zu verstehen. Denn eben kam David Wangke zurück, und in denselben Augenblick schriele auch nebenan die Glocke auf, die den Gerichtsdiensten in das Zimmer des Chefs beorderte.

Wibbelm Kublike stammelte ein von Seligkeiten geborenes „Herr Registrator!“ und stürzte dann zur Tür.

Wendel sah ihn lachend nach. „Er wird alles tun. Und wenn's mir nachher paßt, na warum sollte ich das Mödel nicht auch — heiraten?“ Das dachte er. Und Wangke rief er lustig zu: „Feste von an den Schmiertram, David! Bon wegen der Pflicht und der Liebe. Die paar Stunden bis Mittag werden wir noch rumhauen. Und am Nachmittag ist der Alte über alle Berge. Dann sind wir die Herren!“

„Und der Herr Affessor und der Herr Sekretär?“ gab der Kleine ängstlich zu bedenken.

„Der Herr Affessor wird nach Krachwitz ausfliegen und

der Karnickelkomitee die Kur schneiden. Und der Herr Sekretär? Der kann uns . . .“ Klemons Wendel fuhr sich mit der Hand über den Rücken und lachte höchst despektierlich, als gäbe es überhaupt keine Subordination auf der Welt.

„Sie können mal schnell zu Kreyenbühl runterspringen, lieber Kublike“, trug Eberty unterdessen dem Schwiegervater in spe auf, als er dienstbeilassen vor ihm stand, „und ihm sagen, er möchte mich zu dem Zuge 2 Uhr 48 nach der Bahn fahren lassen. Eigentlich wollte ich zu Fuß gehen, aber der Weg ist mir zu staubig. Man kommt wie . . .“

„Ein Schwein draußen an“, schloß Kublike ergänzend.

„Ganz so drastisch beobachtete ich mich nun allerdings nicht auszudrücken“, lachte der Amtsrichter. „Ich wollte nur von einem Müllertochter reden. . . . Schmeicheln könnte es auch regnen.“ Er starrte gedankenlos durch das Fenster und sah zum lichtblauen, wolkenreinen Nachhimmel hoch. „Wer weiß? . . . Also nicht wahr? Kreyenbühl soll den Wagen bereithalten, Kagen, Mäuse und Hühner zu Hause lassen und mich allein expedieren.“

„Zu Befehl, Herr Amtsrichter. Also die Arche ohne Vieh!“

„Ja“, nickte Eberty mit einem halben Nicken. „Und dann möchte ich den Sekretär noch mal sprechen. Schiden Sie mir den gleich herum. Und der Registrator soll bis um 12 die Urteile fertig haben und mir zur Unterschrift vorlegen. . . .“

„Roch was?“ Er strich sich überlegend die gefurchte Stirn. „Rein, ich wüßte augenblicklich weiter nichts. Also gehen Sie!“

„Zu Befehl, Herr Amtsrichter!“ Kublike blieb ägierend stehen und strich verlegen an seinem Rocke hinab.

„Nun?“ fragte Eberty verwundert.

„Was ich noch fragen wollte: der Herr Amtsrichter werden wohl bald wiederkommen? Wenn ich danach fragen dürfte.“

„Vielleicht sehr bald, vielleicht überhaupt nie. Das weiß ich heute selber noch nicht.“

„Hm!“ Und nach einer langen Pause: „Das wäre ja zu schade, wenn Sie uns täten untreu werd'n.“

„Reinen Sie?“

„Und ob, Herr Amtsrichter! Es würde sein, als wenn die Sonne untergeht.“

„Warum nicht auch gleich der Mond?“ höhnte Eberty, wandte sich um und forderte mit abgelehntem Gesicht:

„Gehen Sie nun, Kublike, ehe der Engelwirt eine andere Mietfuhr annimmt.“

„Na, dem würden wir schon, Herr Amtsrichter! Erst komm'n doch immer wir vons Amtsgericht!“

„Ja, so würde er's ihr sagen! Und so und so! Energisch, herbe! Gar nicht fadeln und etwa erst von hinten herum. Einfach: Du mußt, Mädel, denn er will. Und nun zie' dich nicht lange und sag' einfach ja. Versteheste? Und Verlobung könnte dann morgen sein oder übermorgen, jedenfalls noch in dieser Woche. Und die Hochzeit nicht weit hinterher. Denn fest machen mußte man's bald. Der Herr Registrator war ja nicht schlecht, bewahre, nur so etwas wie ein Windhund. . .“

Den Kopf von dergleichen Gedanken voll, glühend rot im Gesicht vor Aufregung, etwas stürmisch in allen seinen Bewegungen, kam Wibbelm Kublike bald nach ein Uhr zu Hause an und war arg enttäuscht, als ihm seine Frau sagte, Marie wäre nicht daheim.

„Wo sie denn sei?“ Es pressiere.

„Bater, Vater, wie bist du denn! Das wubbert, schwatzt und zittert ja alles an dir. . . . Die Marie ist schon um zehn nach dem Bollenhagener Vorwerk rübergegangen, weil sie von Inspektors Klärchen ein Hädelmuster hosen will. Zu einer neuen Küchentante, versteht du? . . .“

„Na, die soll sie man gleich für ihre Aussteuer häkeln, Mutter. Denn du machst der Herr Registrator erst, ja wirklich, wahrhaftig. Er hat mir's heute wieder gesagt, daß er unsere Marie heiraten will.“

„So?“ Ganz gebetht fragte es Frau Auguste und nahm ihrem vom schnellen Lauf erschöpften Eheherrn gegenüber Platz.

„Na, glaubst du's etwa nicht, Mutter?“ Er schob die Augenbrauen in die Stirn. „Der Wendel ist uns goldfischer. So sicher, wie der Tag einen Abend hat.“

„Es kann ja sein, ich will's nicht bestreiten. . . . Aber . . .“

„Aber?“

„Na, ob die Marie will!“

Kublike lachte. Es sollte überlegen erscheinen, dies Wochen, lang aber unsicher und gemacht. „Die wird müssen. Und sie wird vernünftig sein. Beamte, solche Beamte, wie ein Registrator einer ist, laufen einem nicht alle Tage über den Weg. Da soll man zupassen und nicht Gastwirtsöhnen nutzlos nachhängen. Siehe, Mutter! Und du sei du man vernünftig und hüf mir, dem Wendel den Kopf zuzurücken, wenn er sich widerspenstig anstellt.“ (Fortsetzung folgt.)



Aus dem Lande

Kemnat, 21. Jan. Tod in der Fremde. Der Sohn Theodor des Zimmermeisters Gehring, selbst ein tüchtiger Zimmermann, war im Mai 1923 mit einem Kameraden nach Argentinien ausgewandert; in Buenos Aires fand er ein gutes Auskommen. Dieser Tage traf nun die Nachricht ein, daß er von einem Hochbau abgestürzt und tödlich verunglückt sei.

Wailingen, 21. Jan. Kindsmord. Die ledige 23jährige Sch. von Nagold, die bei ihren Verwandten in der Lindenstraße wohnte, warf ihr neugeborenes Kind in den Abort. Nach längerem Leugnen gestand sie den Tatbestand ein.

Bessendorf, 21. Jan. Schwerer Unfall. Ein Sohn des hiesigen Kronenwirts Werner wollte mit einem Fuhrwerk Backsteine holen. In der Nähe des Rötenerberger Ziegelwerks gingen die Pferde durch, Werner kam unter den Wagen und wurde schwer verletzt.

Kirchheim a. N., 21. Jan. Vorsicht beim Waschen. Ein Anwohner der Frobergstraße wurde abends eine größere Anzahl Leib- und Bettwäschestücke, die zum Trocknen auf dem angrenzenden Grundstück aufgehängt waren, von einem unbekanntem Täter gestohlen.

Heilbronn, 21. Jan. Wirtschaftsschließung. Hier wurde die Wirtschaft zum Schwibbogen, in der meist zweifelhafte Personen beiderlei Geschlechts zu verkehren pflegten, von der Polizeidirektion geschlossen. Die Wirtin, ihr Freund und ein weiterer mittelbarer Betriebsinhaber wurden in Haft genommen.

Schwab. Hall, 21. Jan. Ankauf der „Glocke“. Die Stadt hat das Anwesen des früheren Gasthofs zur Glocke an der Mauerstraße für 63 000 M. angekauft. Ein hiesiger Geschäftsmann übernimmt einen Gebäudeteil zu Geschäftszwecken. Das Hauptgebäude mit Wirtschaftskonzeption wird verkauft und im Mälzereigebäude sollen noch sechs Kleinwohnungen eingebaut werden.

Gerstetten, 21. Jan. Ehrlich währt am längsten. Daß die Gerstetter grundbesitzende Leuten sind, beweist, daß, als ein Friesenträger eine Mappe mit 1000 M. Inhalt verlor, diese von den Kindern des früheren Wirtes G. Rad sofort auf dem Rathaus abgeliefert wurde.

Lauren, 21. Jan. Zu Tod gestürzt. Am Samstagabend ist die 65 Jahre alte Frau des Briefträgers Julius König in der Scheune vom Heuboden abgestürzt und erlitt einen Schädelbruch. Jetzt ist die Frau den Verletzungen erlegen.

Waldsee, 21. Jan. Oberschwäbischer Bauern- tag. Die Landwirtschaftlichen Bezirksvereine des württ. Oberlandes veranstalteten hier am Dienstag einen Bauern- tag. Es sprachen Direktor Ströbel-Stuttgart und Generalsekretär Hummel. Die Versammlung war sehr gut besucht. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bauern Zollschutz für ihre Erzeugnisse, vor allem die Einführung von Getreidezöllen, die sofortige Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt, eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung, sowie eine zweckmäßige Abgrenzung der Reichs- und Landessteuern und einen fühlbaren Abbau der Steuerlasten verlangen.

Ravensburg, 21. Jan. Autolinie. Der Gemeinderat trat für die Einrichtung einer Autoverkehrsline Sülzer-Waldburg-Bogt ein, für die er die notwendigen Kosten und Garantien übernimmt. Es wurde mitgeteilt, daß die Post sich bereit erklärt habe, einen etwaigen Abmangel auf dieser Linie aus den Ueberschüssen der Linie nach Wilhelmsdorf mit zu decken.

Tettwang, 21. Jan. Auch eine Fuchsjagd. Von einer Jagdgesellschaft zogen kürzlich einige Nimrode aus, um Meister Reineke auszugraben. Doch alle Kniffe, den Fuchs aus seinem Bau herauszutreiben, erfolglos. Schließlich kam man auf den Gedanken, den Bau unter Wasser zu legen. Doch, der Jäger denkt und der Fuchs lenkt. Wohl wurde der Fuchs auf die Beine gebracht und kam rückwärts aus seinem Bau herauszutreiben, waren erfolglos. Schließlich Pelz geschüttelt hatte, legte er in großen Sprüngen davon, allem „Sperrfeuer“ zum Trotz. Die Hunde konnten ihm auch nicht auf den Balg, denn man hatte sie — angebunden.

Baden

Karlsruhe, 21. Jan. Zu Beginn der heutigen Landtags- sitzung gedachte Präsident Dr. Baumgartner der Opfer des schweren Eisenbahnunglücks bei Herne, und Staatspräsident Dr. Heppach legte namens der Badischen Regierung Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone ein. Das Haus verabschiedete dann verschiedene Beschlüsse und war über die Beteiligung des Badischen Staates an den Rast- gewerkschaften in Baden und über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwoh- nungen. Auch die Denkschrift des Ministeriums des Innern über die Entwicklung der badischen Kraftverkehrs-Gesellschaft wurde vom Hause zur Kenntnis genommen und das Staats- ministerium wurde ermächtigt, die erforderlichen Mittel be- reitzustellen, um dem Kapitalerhebungsbeschluss des Auf- sichtsrats und der Gesellschaftsverammlung zu genügen. Die Landtagsabgeordneten und die Kommunisten stimmten dagegen. Schließlich stand noch eine von der Deutschen Volks- partei eingebrachte förmliche Anfrage über die Wiederauf- nahme des Zinsen- und Schuldendienstes der badischen Eifen- bahnschuldverschreibungen zur Beratung. Der Regierungs- vertreter erklärte dazu, daß diese Frage nur einheitlich mit der großen Frage der Aufwertung der vom Reich über- nommenen Vanderschulden gelöst werden könne.

Karlsruhe, 21. Jan. Die Erdbebenwarte der Technischen Hochschule verzeichnete Montag nachmittags ein heftiges Erd- beben. Der Herd des Erdbebens liegt ungefähr 8500 Kilo- meter von hier entfernt.

Baden-Baden, 21. Jan. Ein Leichenträger erlitt im Krematorium durch Einatmen von Kohlenäsen eine Gas- vergiftung. Lebensgefahr besteht nicht.

Durlach, 21. Jan. Auf Einladung der sibirischen Univer- sitäten der Sowjetrepublik der Wolgareußland und der Univer- sität Peking unternahm Dr. phil. Karl Kindermann von hier mit einem Studienfreunde eine Reise durch Rußland, um Vorträge über das deutsche Geistesleben zu halten. Die bei- den wurden seitens der Sowjetregierung wegen angeblicher wirtschaftlicher Spionage verhaftet trotz ihrer vorherigen An- kündigung. Die deutsche Botschaft in Moskau hat sich der Angelegenheit angenommen und es ist zu hoffen, daß die Verhafteten bald wieder in Freiheit gesetzt werden.

Mannheim, 21. Jan. Eine 22-25 Jahre alte Frauen- person lockte in den letzten Tagen mehrere Kinder in ver-

schiedene Hauseingänge und nahm ihnen Geldbeträge bis zu 10 RM. ab. Die Täterin konnte bis jetzt nicht gefaßt werden.

Ottensau bei Rastatt, 21. Jan. In der Nacht brach in dem kleinen Haus des Besitzers Suns neben der Post Feuer aus, das rasch um sich griff. Das Wohnhaus brannte bis auf die Grundmauern nieder.

Billingen, 21. Januar. Die Billinger Karrenzunft hat für dieses Jahr einen größeren historischen Umzug vor- gesehen. Es ist beabsichtigt, die Karren-Zünfte des badischen Oberlandes und des angrenzenden württembergischen Gebiets zur Beteiligung einzuladen, sodas vorausichtlich eine große historische Sebenswürdigkeit geboten werden kann.

Das Gasthaus zum „Löwen“ hier wurde zum Preis von 73 000 Mark einschließlich Inventar von der sozialdemo- kratischen Partei, den Freien Gewerkschaften und den Ar- beitersportvereinen angekauft, die darin ein Volkshaus ein- richten wollen.

Donauwiesungen, 21. Januar. In Riedöschchen ist der älteste Einwohner des Orts, der das hohe Alter von 97 Jah- ren erreicht hat, in der Person des Schuhmachers Valentin Schmid gestorben. Er war seit einigen Jahren völlig erblindet.

Lahe, 21. Januar. In einem Augenblick des Alleinseins erwichte das viereinhalbjährige Töchterchen der Rüst- familie Fay eine Schachtel Streichhölzer und setzte eines der Hölzchen in Brand. Dabei fing das Hemdchen des im Bett liegenden Kindes Feuer. Das Kind erlitt am ganzen Körper so schwere Brandwunden, daß es bald darauf starb.

Biederbach bei Waldkirch, 21. Januar. Am Samstag brach in Oberbiederbach ein Brand aus, dem das frühere Gasthaus zur „Sonne“ zum Opfer fiel.

Stühlingen, 21. Januar. Die 400 Jahrfeier zur Erinne- rung an die Bauernerhebung, die bekanntlich in Stühlingen ihren Anfang nahm, soll nun in diesem Jahr abgehalten werden. Die Vorbereitungen für dieses Volksfest sollen dem- nächst beginnen.

Konstanz, 21. Jan. Der 22jährige Landwirt Xaver Reichelt von Konstanz hatte eine Wette eingegangen, einen Einbruch zu verüben, ohne dabei erwischt zu werden. In der Nacht vom 3. auf 4. Dezember v. J. wurde der Diebstahl in einer Wirtschaft in Petershausen ausgeführt. Am Morgen nach der Tat lag der Held der Diebeswette hinter Schloß und Riegel. Am dem Einbruch mitbeteiligt war auch der 21- jährige Hilfsarbeiter Karl Wölflin von Konstanz. Wegen schweren Diebstahls wurden die beiden Guttedel mit je 8 Monaten Gefängnis bestraft.

Randegg bei Radolfzell, 21. Jan. Auf der jetzt noch un- aufgelärrte Weise brach in der Scheuer des Landwirts Ro- bert Hirt Feuer aus, das die Scheuer und das Wohnhaus gänzlich zerstörte.

Säckingen, 21. Januar. Nachdem am 31. Dezember 1924 von den Schweizer Milchschulden der Oberrhein-Gemeinden 57 220 Franken getilgt wurden, beträgt die noch in acht Jahresraten zu begleichende Last 286 517,42 Franken. Be- züglich werden die Milchschulden vom Reich und vom Land Baden zurückgezahlt, und die Gemeinden haben inner- halb von 20 Jahren die Beträge dem Reich und Baden zurückzuzahlen. Die „Neue Badische St. Blasien-Zeitung“ bemerkt dazu: „Die Deffenlichkeit kann nicht oft genug auf diesen einfach unerhörten Zustand hingewiesen werden, daß sich Reich und Staat, in deren Interesse diese Milchschulden gemacht worden sind, sich ihrer Verpflichtung, auf das Recht des Stärkeren pochend, entledigt haben.“

Kokales.

Wildbad, 22. Jan. 1925.

Was heißt offener Laden? Aus Anlaß verschiedener Streitfälle über den Begriff „offener Laden“ ist von einer höheren Verwaltungsbehörde folgende Entscheidung er- gangen: Der Begriff offener „Laden“ ist im Zusammen- hange des § 15 a der Reichsgewerbeordnung nicht ein- schränkend zu interpretieren, sondern im weitesten Sinne auszuliegen. Danach sind unter offenen Läden zu verstehen: nicht nur Kaufstätten im eigentlichen Wortverstande, sondern ganz allgemein jeder „offene“ Geschäftsraum, in dem die zum Gewerbebetrieb seines Inhabers gehörigen Handlun- gen, seien es tatsächliche Handlungen oder Rechtshand- lungen, vorgenommen werden. Nach dieser Erklärung fallen in den Kreis der „offenen“ Läden z. B. auch die Werk- stätten der Handwerker und die Geschäftslokale der Profes- sionisten, die Kontore der Engros-Kaufleute, der Kommissio- näre, der Spediteure und alle die unzähligen anderen, dem täglichen Geschäftsverkehr dienenden Lokalitäten, in denen ein Gewerbebetrieb stattfindet, vorausgesetzt allerdings stets, daß diese Geschäftsräume auch wirklich „offene“ sind. Ein Geschäftsraum ist ein „offener“, wenn er zum Verkauf für das große Publikum bestimmt ist und dem Zutritt des Publi- kums kein physisches Hindernis im Wege steht. Wenn diese Voraussetzung der körperlich ungehinderten Zugänglichkeit für das Publikum wirklich vorliegt, dafür lassen sich all- gemeine positive Regeln nicht aufstellen; nur negativ läßt sich das Begriffsmerkmal des „Offen“ etwa dahin umschrei- ben: Es dürfen keine Einrichtungen getroffen sein, die den freien Zutritt für jedermann tatsächlich derart ausschließen, daß nur die zum Eintritt befugten Personen denselben er- langen können. Die Lage des Lokals ist in dieser Beziehung ohne Belang.

Internationale Länge. Die Genossenschaft württ. Tanz- lehrer beschloß auf dem 18. Genossenschaftstag in Stuttgart, nur noch nach internationalem Stil zu unterrichten, Da nach den deutschen Längen keine Nachfrage sei. Die Negertänze Foxtrott und Shimmy sind dem deutschen Walzer oder Länd- ler entschieden vorzuziehen — oder nicht?

Bierpreiserhöhung? Die süddeutschen Brauereiverbände verhandeln, wie verlautet, über eine Erhöhung des Bier- preises auf Grund der gestiegenen Preise für Gerste, Malz und Hopfen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reichskanzler Dr. Luther ein Turner. Der neue deut- sche Reichskanzler Dr. Luther ist seit früher Jugend Turner und heute noch alter Herr des Akademischen Turnvereins „Kurmärk“ Berlin. In seiner Stellung als Oberbürger- meister der Stadt Essen hat er sich eifrig für die Pflege der Leibesübungen eingesetzt, und noch vor zwei Jahren hielt er auf dem Reichsgründungskongress des Berliner Aka- demischen Turnbunds eine von hoher Begeisterung getra- gene Festrede. Möge er auch in seiner derzeitigen hohen Stellung allzeit Förderer der Leibesübungen sein.

Der Schaden von Herne. Der Sachschaden bei dem Eisen- bahnungslück in Herne beträgt 7½ Millionen Mark.

Eine deutsche Buchausstellung in Spanien. In Barce- lona wurde in Anwesenheit sämtlicher Spitzen der Behörden die deutsche Buchausstellung, die vom Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig veranstaltet ist und über 6000 Bände umfaßt, eröffnet.

Fausthäden am Wormser Dom. In den Seitenschiffen des Wormser Doms treten seit längerer Zeit große Schäden immer offener zu Tage, vor allem machen sich die Schäden im Nordpol, in der südlichen Sakristei und längs der beiden Seitenschiffsgewölbe bemerkbar. Wasserfraß und Schwamm beginnen langsam ihr Werk.

Seenebel. Unterelbe und Elbemündung sind von dichtem Nebel überlagert. Seit Montagabend ist im Hamburger Hafen kein von See kommendes Schiff mehr eingelaufen.

Schneestürme in Schweden. In Nordschweden und Nor- wegen herrschte Ende der vorigen Woche ein verheerendes Winterwetter. Starke Schneestürme werden aus beiden Ländern gemeldet. Der Schnee liegt drei Meter hoch. Der Eisenbahnbetrieb wurde an mehreren Stellen eingestellt. Ebenso wurden die Telephonverbindungen unterbrochen. Eine Springflut richtete großen Schaden an.

Mit dem Flugzeug abgestürzt. Ein Flugzeug der Luft- reederei Magdeburg ist heute nachmittags auf dem Flugplatz Aralauer Anger während einer Schulfahrt im Gleitflug aus etwa 50 Meter aus unbekannter Ursache abgestürzt. Die beiden Insassen, der Fluglehrer Georg Hans und der Flugführer Rudolph Ruediger, ein Student aus Meissen, sind tot.

Es wird immer schöner. In Augsburg wurden ein Reichsmehrsoldat der Garnison Neu-Ulm und fünf junge Burschen verhaftet, die eine guteingerichtete Werkstatt zur Herstellung von falschem Papiergeld besaßen. Eine Menge falscher 10 Rentenmarkscheine wurde beschlagnahmt.

Totgeschlagen. Bei Günzburg a. D. wurde der 20jährige Bauernsohn Hermann aus Bühl, als er seine Braut abends nach Hause begleitete, von einigen eiferfüchtigen Burschen auf der Straße mit Prügeln totgeschlagen. Einige der Hel- den sind zur Abkühlung bereits in Gewahrsam gebracht.

Räuberbande. Die Polizei in Hanau hat eine Räuber- bande aufgefunden gemacht, die seit geraumer Zeit die Güter- wagen plünderte. Die Diebe erstiegen die fahrenden Güter- züge, erbrachen die Wagen und warfen ihre Beute unter- wegs hinaus. Der Anführer ist der 50jährige Eisenbahn- arbeiter Michael Wischert aus Kienast, der schon über 27 Jahre bedienstet ist.

Wohnungsjüherei. In Berlin sind eine Anzahl Beamte der Wohnungsämter verhaftet worden, die gegen Bestechung Wohnungen an eingewanderte Ostjuden zu- gewiesen haben, während die eingewiesene Berliner Bewö- lkerung abgewiesen wurde. Nach den bisherigen Erhebungen der Staatsanwaltschaft ist in den letzten Jahren fast ein Viertel aller freigegebenen Wohnungen auf diese Weise unrechtmäßig besetzt worden.

Unterschlagnug. Auf dem Bahnhof in Bebra hatte der Eisenbahnbeamte Heinrich Reß einen Betrag von etwa 17 000 Mark unterschlagen und darauf die Flucht ergriffen. Er ist in Frankfurt a. M. festgenommen worden.

Ein Versehen! Der kanadische Indianerprinz Mac Rallan of Odhley, genannt „Der weiße Elch“, macht in Lugano viel von sich reden, denn er ist sehr freigebig. Kinder, die ihm Blumen zuwerfen, beschenkt er mit 50 bis 100 Franken, und Damen, mit denen er getanzt hatte, macht er größere Geld- geschenke. Aber einmal geriet er doch an die Verkehrte, als er einer älteren, einfach aber vornehm gekleideten Dame, die am See spazieren ging, ein Fünffrankenstück in die Hand drücken wollte. Die Dame lehnte ebenso höflich, wie bestimmt ab. Es war die Prinzessin Vittoria, die Schwester des Königs von England!

Die Londoner St. Pauls-Kathedrale haufällig. Der Stolz Londons, die berühmte St. Pauls-Kathedrale, ist auf Grund eines Berichts des Stadtbauamteisters von der Stadt- verwaltung als ein „gefährliches Gebäude“ im Sinne des Baugesetzes erklärt worden, weil die berühmte Kuppel von 32,9 Meter Durchmesser einzustürzen droht. Die Kather- drale wurde an Stelle der im Jahr 1666 abgebrannten gotischen Kathedrale in den Jahren 1675—1710 nach den Plänen Christopher Wrens in Gestalt eines Kreuzes erbaut; sie ist 152,4 Meter lang, 76,2 Meter breit und einschließlich der Kreuzespitze 111,25 Meter hoch. In der Gruft ruhen berühmte Engländer wie der Seeheld Nelson, General Wel- lington, Wren u. a. Die Kathedrale schien für die Ewigkeit erbaut zu sein, aber die Unterwühlung Londons durch Röh- renbahnen, Tunnels und große Abzugskanäle und das täg- liche Vorbeidonnern Tausender schwerbeladener Autobusse und Lastautos mit der dadurch erzeugten beständigen Erschütterung des Bodens war ein Faktor, den Wren nicht in Rechnung stellen konnte. Dazu kam eine innere Schwäche des Baus, zu dem Mangel an Mitteln den Baumeister zwang. Sie besteht darin, daß die großen Stützpfiler, auf denen die riesige Wölbung des Domes ruht, nicht aus soli- dem Stein bestehen, sondern im Kern mit einem Gemengel von zerbrochenen Backsteinen und andern Material gefüllt sind, das auf der Brandstätte lag, als die erste Kathedrale wie das übrige alte London ein Raub der Flammen wurde. Es gilt nun, diesen zerbrochenen Kern durch Zement in eine solide Masse zu verwandeln und andre Ausbesserungen vorzunehmen. Seit 1912 sind zur Ausbesserung 130 000 Pfund St. ausgegeben worden, aber die Sachverständigen erklären, daß mindestens ebensoviel aufgewendet werden müsse, um die Kuppel nur für ein Menschenalter sicherzu- stellen. Auf einen Aufruf des Dekans sind am ersten Tag 16 000 Pfd. St. gezeichnet worden. Vor dem Krieg wäre die benötigte Summe leicht aufzubringen gewesen; heute wird die Kirchenbehörde zufrieden sein müssen, wenn nur das Allernotwendigste eingeht.

Bauerntag in Heilbronn. Der Landwirtschaftliche Haupt- verband Württemberg und Hohenzollern veranstaltet am Montag, den 2. Februar, im Festsaal der „Harmonie“ in Heilbronn einen Bauern- tag hauptsächlich für die Bezirke Heilbronn, Neckarfulm, Weinsberg, Bradenheim, Besigheim und Marbach. Der Bauerntag soll der Auffklärung über die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft, ihre Ursachen und Bekämpfung dienen. Es werden sprechen: der Vorsitzende des Landw. Hauptverbandes Domänenpächter Dietlen- Lötzingen, Generalsekretär Hummel-Stuttgart über „Deutschlands Wirtschaftspolitik und die Landwirtschaft“, „Rechte und Pflichten des Bauernstandes“; Defononierat Dr. Müller-Karlsruhe, Direktor der Bad. Landwirt- schaftskammer, über „Stand und Bedeutung der Handels- vertragsverhandlungen für den Weinbau“. Der Bauerntag, der mittags 12.30 Uhr beginnt, wird verschiedene Entschlie- sungen fassen, die für die Landwirtschaft von großer Bedeu- tung sind.

Sitzung des Gemeinderats vom 20. Jan. 1925.
(Fortsetzung und Schluß.)

Straßen und Wege, Wasserleitung etc.

Die Korrektur des Michelberger Sträßchens wurde fertiggestellt.

Die obere Umlandstraße beim alten Friedhof wurde verbreitert und das dortige städtische Grundstück mit Abschränkung versehen.

Der Rennbach zwischen den Neubauten an der Rennbachstraße wurde überbrückt und auf der Ueberbrückung ein Weg angelegt.

Die Hohenlohestraße beim Palmengarten wurde neu hergestellt.

Die Wilhelm- und König-Karlstraße wurden neu beschottert und bewalzt.

Die Fertigung eines neuzeitlichen Bebauungsplanes über das ganze Stadtgebiet wurde in Angriff genommen.

Die Wasserleitung in der Enzthalstraße wurde bis zum Rau'schen Hause verlängert und eine Wasserleitung in der Hohenlohestraße hergestellt.

Werbetätigkeit für das Bad und den Kurort.

Die Hälfte der Kosten der mit der Badverwaltung gemeinsam betriebenen Zeitungsreklame wurde auf die Stadtkasse übernommen, ebenso die Kosten der Reklame für einen Winterkurbetrieb.

Der Kurverein wurde durch Beitragsleistung unterstützt. Ferner hat sich die Stadt an der Wintersport-Ausstellung in Stuttgart beteiligt.

Die Bemühungen um bessere Zugverbindungen für unser Bad hatten insofern Erfolg, als die vor dem Krieg geführten direkten Wagen von Berlin, München, Frankfurt und Stuttgart wieder eingeführt wurden und der Morgen-Eilzug nach Stuttgart nun das ganze Jahr hindurch läuft.

Sonstiges.

Der neue Friedhof und das Kriegerdenkmal wurden ihrer Vollendung nahegebracht.

Die Bedecklinie wurde mit einer automatischen Einschaltung versehen.

Die Fleischbeschau im Schlachthaus wurde neu geregelt und dem Stadtkriegerarzt Dr. Schindler übertragen, der auch die Kontrolle der Metzgereien, der Verkaufsläden und des Milchverkaufs (mikroskopische Untersuchung) zu besorgen hat.

Daß zu diesen umfangreichen Neubauten und Verbesserungen beträchtliche Geldmittel nötig waren, ist einleuchtend. Bis heute sind die erforderlichen Summen durch vorübergehende Darlehen der Württ. Girozentrale, der Württ. Notenbank und der Oberamtsparcasse beschafft worden. Zurzeit bemüht sich die Stadtgemeinde bei einem bedeutenden Geldinstitut um ein größeres Darlehen mit Aussicht auf Erfolg. Sobald das Darlehen flüssig wird, kann die Stadtverwaltung an die Lösung anderer wichtiger Fragen herantreten, so weitere Wohnungsbauten zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die Schaffung eines Sport- und Spielplatzes und eines Flußbades, des Wehreubaus, der Ausführung des Wasserkraftprojekts, des Neu- oder Umbaus der Gasfabrik, des Baues eines Krankenhauses, eines Schulhauses und eines Friedhofes in Sprollenhäuser, der Kanalisation der Kernerstraße, der Verbesserung der Laienbergstraße, des Baues der Bismarckstraße u. a. m.

Ein Jahr der Mühe, Arbeit und Sorge liegt hinter

uns; ein neues hat begonnen, ebenso voll bepackt mit Last und Sorge, wie das vergangene. Aber das soll uns nicht schrecken: „Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!“ Der Gedanke, daß es wieder aufwärts geht, auch mit unserem Wildbad, dessen unverwüßliche Lebens- und Werbekraft gerade das vergangene Jahr aufs neue bewiesen hat, gibt uns die Zuversicht, auch an die neuen wichtigen Aufgaben heranzutreten. Möge ihre Lösung zu weiterem Blühen und Gedeihen unserer schönen Badestadt beitragen!

Der Geschäftsbericht fand die volle Zustimmung des Gemeinderats.

Die Kehrichtabfuhr sollte vor Beginn der Saison neu geregelt werden. Der seitherige Vertrag geht am 31. März zu Ende. Es liegt ein Offert über einen neuzeitlichen Elektro-Kehrichtwagen (Kippwagen) vor, dessen Photographie den Gemeinderäten zusagt. Der Preis beträgt 3600 M. und erscheint nicht zu hoch, da dieser Wagen bezw. Garten, der nur 2 Mann Bedienung braucht, auch zum Transport von Kies, Sand usw. benützt werden kann. Die Ladung der elektr. Batterien kann jeweils im hiesigen Elektr.-Werk erfolgen. Es fragt sich nur, ob der Wagen auch die hier zu bewältigenden Steigungen nimmt. Es wird beschloffen, denselben, wie im Offert angeboten, zur Probe auf 1—2 Wochen hierher kommen zu lassen und dann je nach dem Befund sich schlüssig zu machen. Daß die seitherige Art und Weise der Kehrichtabfuhr für einen Badeort nicht mehr angemessen ist, steht jedenfalls fest.

Die Beitragsleistung der Stadt zur Unterhaltung des Regeltalwegs wird von 25 auf 29% erhöht.

An der in Stuttgart stattfindenden Ausstellung für das Verkehrswesen wird sich die Stadt gemeinsam mit der Badverwaltung beteiligen, da es notwendig und nützlich erscheint, den Ausstellungsbesuchern einen Begriff von der Bedeutung unseres Bades zu geben. Ueber die Art der Beteiligung (ob durch Beitragsleistung oder durch eigene Ausstellung) soll noch die Ansicht der hiesigen Hoteliers eingeholt werden.

Dem Funktönar Haag der öffentlichen Sprechstelle (Telegraphenhilfsstelle) Nonnenmühl, der schon jahrelang diese mit allerlei Mühe und Zeitverlust verbundene Funktion ohne Vergütung besorgt, wird auf seine Bitte und nachdem G.-R. Schanz sich für Erhaltung dieser einzigen Fernsprechstelle in Nonnenmühl verwendet hatte, eine Entschädigung von monatlich 6 M. bewilligt. Die Oberpostdirektion Stuttgart, an die sich Haag zuerst gewandt hatte, verwies Haag an die Gemeinde, was einigermassen Verwunderung erregt.

Es hat sich erwiesen, daß die für das Salutschießen bei Feiern von Kriegsteilnehmern vorgesehenen drei Böller veraltet und total verrostet sind und daher der Bedienung gefährlich werden könnten. Da neue Böller überhaupt nicht mehr fabriziert werden, wird beschloffen, eine Salutkanone anzuschaffen, die jetzt in den Städten fast allgemein Eingang findet. Es ist dies eine richtige Kanone mit Hinterschluß, für Solat und Signal, und braucht infolge sehr einfacher Handhabung nur einen Mann zur Bedienung; ein Instrument für alle Zeit. (Die Zeichnung liegt vor.) Kostenpunkt: 330 M. [Vielleicht meldet sich ein für seine alte, geliebte Waffe begeisterter ehemaliger Artillerist freiwillig zur Bedienung unserer Gemeindekanone. Er bekommt dann den Titel „Stadtkanonier“, was doch ganz respektabel klingt. Also: Freiwillige vor!]

Dem Kurverein wird aus Mitteln der Fremdensteuer ein neuer Beitrag von 2000 M. bewilligt, nachdem der Vorsitzende, sowie die G.-R. Kiefer, Stephan u. Beckle das Gesuch des Kurvereins unterstützt hatten. Es wurde vor allem betont, daß der Kurverein alle seine Ausgaben im Interesse des Bades und der Stadt mache und doch auch die Beiträge seiner Mitglieder ins Gewicht fallen. — Das Defizit des Kurvereins infolge der Waldweihnachts-Veranstaltungen betrage nur ca. 70 M. und sei lediglich durch das schneearme Wetter verursacht. Man müsse die Existenz des Kurvereins sichern und den Herren, die sich ihm und seinen Bestrebungen widmen, ihre Ämter erleichtern. (G.-R. Großmann hatte leise Zweifel bezüglich der richtigen Verwendung der städt. Beiträge geäußert.)

Hiermit schloß die öffentliche Sitzung. —m

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einfindungen übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Erwiderung in der Siedlungsfrage! Der Grund des Stodens wird wohl der sein wie der Artikelschreiber selbst anführt, die Beteiligung in der Zeichnung durch die Kapitalträtigeren. Bekanntlich hat Herr Stadtschultheiß in der Versammlung gesagt, daß wenn die Zeichnungen abgeschlossen seien, der Verein gegründet werde. Zur Beruhigung in dieser Sache möchte ich nun folgendes mitteilen: Gelegentlich einer geschäftlichen Tätigkeit in Stuttgart war ich beim Schw. Siedlungsverein, um über diese Sache Rücksprache zu nehmen. Herr Regierungsbaumeister Riß hat mir dabei gesagt, daß es auf die Zeichnung vorläufig noch nicht ankomme, sondern man könne den Verein hier ruhig gründen, dann werde die Sache in Fluß kommen. Vom Siedlungsverein aus wird ebenfalls großer Wert darauf gelegt, daß es vorwärts geht, solange noch in Wildbad ruhige Zeit ist und andere Orte uns nicht vorkommen. Ferner hat mir Herr Riß gesagt, daß sobald er vom Geometer die nötigen Unterlagen habe, er die Sache sofort in Angriff nehme, (ich habe festgestellt, daß die Sachen inzwischen schon nach Stuttgart abgegangen sind), sie seien also, daß in dieser Sache weiter gearbeitet wird. Was nun die Monatsleistungen anbelangt, halte ich es für voreilig, wenn jetzt schon gesagt wird, sie betragen 50 M. Ich vermute, daß dies von solchen Leuten, die Gegner der gemeinnützigen Sache sind, ausgebreitet wird. Ich selbst kann ihnen sagen, daß ich auch Gelegenheit beim Siedlungsverein hatte, eine Siedlung mit einer großen Anzahl Häuser verschiedenster Typen zu besichtigen und habe ich von allen Bewohnern nur lobenswerthes über ihre Wohnweise gehört, ebenso auch über die Leistungen. Die Höhe des Monatsbetrages richtet sich nach dem Typ und dessen Baukosten, eines steht aber fest, daß diese Häuser mit 4 Zimmern, Küche, Waschküche und Zubehör nebst kleinem Gemüsegarten in den Baukosten so nieder waren, daß die Inhaber monatlich nur 25 M. zu zahlen hatten. Ich hoffe nun mit diesen Zeilen zur Beruhigung beigetragen zu haben und wünsche, daß bei der Gründung des hiesigen Siedlungsvereins recht viele ihren Beitritt erklären um zum Wohle der Allgemeinheit beigetragen. Bemerken möchte ich noch, daß mir Herr Riß ausdrücklich gesagt hat, daß die Bauausführungen nur von hiesigen Handwerkern ausgeführt werden sollen. W. G.

Aufruf.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot beachtlichst man, einen

Siedlungsverein Wildbad

G. m. b. H.

zu gründen, der eine größere Anzahl Siedlungsbauten auf dem von der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellten Baugelände an der Paulinenstraße ausführen wird. Die Stadtgemeinde hat in Aussicht gestellt, neben Ueberlassung des Baugeländes sich mit 20000 Mark an dem Siedlungsverein zu beteiligen.

Es ergeht hiemit Einladung an alle Kreise der hiesig. Einwohnerschaft (Industrie, Hotelgewerbe, Kaufleute, Handwerker, Hausbesitzer, Mieter, Baukunst.) zur Zeichnung von Anteilscheinen an dem Siedlungsverein. Ein Anteil beträgt mindestens 50 Mark, worauf die Hälfte einzubezahlen ist.

Nur wenn sich weite Kreise der Einwohnerschaft an dem Siedlungsverein beteiligen, besteht Aussicht, daß durch zahlreiche Wohnungsbauten die Wohnungsnot endlich gemildert und schließlich beseitigt werden kann.

Zeichnungen werden auf dem Meldeamt entgegengenommen.

Wildbad, den 21. Januar 1925.

Stadtschultheißenamt:

B a e g n e r.

Stadt Wildbad.

Brennholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 28. Januar 1925, vormittags 9 Uhr in Wildbad im Rathausaal aus Staatswald Meistern, Leonhardswald, An der Linie und Regeltal: Radelholz: Am Scheiter 20; Prügel 43; Anbruch 247; Reisprügel 80; Laubb.-Anbruch 4.

Zur Versteigerung werden nur hiesige Einwohner zugelassen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Wildbad.

Am Sonntag, den 25. Januar 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum „grünen Hof“ die

General-Versammlung

statt. Die Ortsverwaltung.

Heute ist ein Waggon

Unionbriketts

eingetroffen, worauf ich noch Bestellungen entgegennehme.

Fr. Klotz,

Telefon 70.

Kohlen- u. Holzhdlg.

Zu verkaufen:
14 Am. d. d. Holz,
200 Ltr. Most mit Saß,
sowie ein zweitädiger, neuer
Sandtarran bei
Würster, Ziegelhütte.

Rohrseffel
werden mit
la. Sesselrohr
zum billigsten Preise geflochten
bei **Wilhelm Treiber,**
Korbmacher.

Bruchleiden

Bettlästern, Krampfadern, Wutervorfall, Schwerhörig.
Rückgratschw., Fußleiden, Unterleibschw., Kropfleiden.
Nerveneiden, Rheumatis, Gallensteine, Nephritis.
Operation, ohne Einspritzung, ohne Berufsstörung,
besserungsfähig und heilbar, wenn Sie unsere

bei mehr als 42000 Patienten

mit überraschenden Erfolgen bewährten; teils gesetzl. gesch. Spezial-
erzeugnisse nach den fachgemäßen Weisungen uns. Arztes anwenden
Wem Gesundheit und Leben lieb ist, wer zwecklose Geldausgaben
vor allem verhüten will, begibt sich nicht in die Hände großserierend.
vielversprechender herumreisender Händler, Quacksalber u. angeblicher
Bandagisten, sondern in die Behandlung eines erfahrenen Arztes.
Unser Dr. med. Schmitt prakt. ist persönlich kosten-
los zu sprechen.

Montag, den 26. Januar vorm. 9-11 Uhr
in Wildbad, im „Bahnhofhotel.“

Ph. Steuer Sohn Fabrik. sanit. Konstanz Bodensee, Wes-
Spezialartikel senbrgstr. 15/17



LOBALIN
reinigt Böden

gründlich u.
schnell, ohne
Gefahr u. Hände
VEWA Ditzingen in



**Fußballverein
Wildbad.**
Vereinigter Fußball-
und Sportverein.

Donnerstag
abend 8 Uhr
Zusammenkunft des
Ausschusses und der
Spielleitung
im Gasth. zur „Silberburg“.
(Letzte Zusammenkunft vor
Generalversammlung.)
Bollzähliges Erscheinen
wird dringend erwartet.
Der Vorstand.

1 Kinderlieg-
und Sitzportwagen,
1 Kinderstuhl,
1 kleiner Schrank
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Tag-
blatt-Geschäftsstelle.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei
der Wäsche verbilligt das Wäschchen.
Vorzügliches Einweichmittel.